



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 75 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Breitungsverzeichnis.

Kollegen und Kolleginnen!

Die jetzt bestehenden Hilfsarbeiter-Tarife sind gekündigt; demnach haben dieselben nur noch bis Ende dieses Jahres Gültigkeit.

Wir wollen an Ihrer Stelle bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen schaffen!

Dazu brauchen wir aber die Mitarbeit Aller. Es bedarf unserer ganzen Kraft, wenn wir den Kampf für unsere gemeinsamen Lebensinteressen mit Erfolg führen wollen.

Noch stehen viele Unorganisierte unseren Bestrebungen ferne. Diese für den Verband zu gewinnen, muß die ehrenvolle Aufgabe jedes Verbandsmitgliedes sein.

Werbet und arbeitet unermüdtlich für den Ausbau eurer Organisation!

Für die Woche vom 14. bis 20. Juli 1918
Mit der Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Ein Nachwort zum Verbandstag.

Zu den Arbeiten des zweiten außerordentlichen Verbandstages hat bereits eine Reihe Mitgliedschaften Stellung genommen und soweit die bisher im Verbandsorgan veröffentlichten Versammlungsberichte es erkennen lassen, haben die zu den beiden wichtigsten Gegenständen gefassten Beschlüsse den ungeteilten Beifall und die Zustimmung der Mitglieder gefunden. Man hat das Empfinden, als würde die Annahme der Tarifresolution als eine längst erwartete, von einem unerträglichen Druck befreitende Tat angesehen. Sowohl in den Tariforten als auch dort, wo das Tarifverhältnis noch keinen Eingang gefunden hat, wurde die bisherige Tarifform als eine Last empfunden. Sie legte der unter den „Allgemeinen Bestimmungen“ arbeitenden Kollegenschaft Verpflichtungen auf, denen gegenüber die Rechte in keinem Einklang standen, ganz besonders aber, ohne daß die Prinzipale die gleichen Verpflichtungen auf ihre Schultern zu nehmen gewillt waren. Die schon vor dem Zustandekommen der tariflichen Abmachungen unter günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen gestandenen Hilfspersonalen brachten der Allgemeinheit infolgedessen ein Opfer, als sie ihre Bewegungsfreiheit zugunsten der Schwächergestellten einschränken ließen, in der Annahme, daß nun auch die Unternehmer einig wären in dem Bestreben, überall tariflich geordnete Verhältnisse für die Hilfsarbeiter herbeizuführen. Aber mit der Zeit mußte die Ueberzeugung Platz greifen, daß ein solches Bestreben gar nicht vorherrschte. Dort, wo Tarife eingeführt wurden, geschah es unter dem Druck der Organisation, ohne jedes Zutun und ohne die Mitwirkung der Leitung der Prinzipalorganisation. Als man nun erkannte, daß dieser Tarifform das Wichtigste fehlte, eine gemeinsame leitende und

aufsichtführende Körperschaft, da konnte die Prinzipalität nicht mehr anders, als Farbe bekennen, indem sie es ablehnte, an der Schaffung einer solchen Instanz mitzuwirken. Teils konnte sie es nicht, weil sie die zwingende Kraft nicht besitzt, der Tarifgegnerschaft im eigenen Lager Herr zu werden, teils aber wollte sie es nicht, aus Gründen, die mit dem Sitz der Hauptleitung in Leipzig eng verknüpft sind. Die Frage des Ausbaues und der Ausbreitung unserer Tarifgemeinschaft war somit auf dem toten Punkt angelangt. Unsere Kollegenschaft in den noch tariflosen Druckorten wußte nun, daß sie unter solchen Umständen nie zu einem Tarif kommen wird und daß die in den schon vorher besser gestellten Orten gebrachten Opfer vergeblich gebracht waren. War man aber erst soweit, den Grund der Schwierigkeiten, an dem der bisherige Tarif krankte, klar zu erkennen, dann aber durfte auch nicht länger gezögert werden. Nachdem die verschiedensten Heilversuche mißlungen, mußte eine Operation vorgenommen werden, und eine solche konnte nur darin bestehen, daß man den krankhaftesten Teil an dem ganzen Tarifverhältnis, die „Allgemeinen Bestimmungen“ und auch den Haftungsvertrag beseitigte.

Beide Tarifbestandteile sind gekündigt und die Gründe dafür sind in jener Resolution kurz und bündig angegeben. Der „Zeitschrift“, dem amtlichen Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins, kommt diese Resolution „etwas länglich“ vor. Das mag wohl daran liegen, daß der Verbandstag neben dem Kündigungsbeschluß auch gleichzeitig seinen Mitgliedern eine gewisse Richtlinie gab, nach der nunmehr gearbeitet werden soll und außerdem an die Gehilfenschaft appellierte, unsere Bestrebungen, die mit ihren durchaus gleichlaufen, in entsprechender und wirksamer Form zu fördern. Das eine, wie das andere, dürfte den Herren in der Leitung des D. B. V. nicht unangenehm und daher zu „länglich“ erscheinen. Vielleicht, und nach den bisher gemachten Erfahrungen, kann man es annehmen, wäre es einer bestimmten Gruppe von Druckereibesitzern ganz angenehm, wenn der Tarifgebante unter den

Hilfsarbeitern mit der vollzogenen Kündigung ein für allemal ausgetilgt wäre. Aber das ist weder der Wille der übergroßen Mehrheit der Berufsangehörigen, noch stand es in der Absicht unseres Verbandstages, wieder zur Anarchie auf dem Lohngebiet zurückzuführen. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt — so heißt es in der Resolution —, daß Tarifverträge dem gewerblichen Frieden dienen, damit ist aber nicht gesagt, daß wir immerzu gewillt sind, die Kosten dieses gewerblichen Friedens allein zu tragen. Und das haben wir unbestreitbar bisher stets getan, obwohl es im § 12 der them. Ablauf entgegengehenden „Allgemeinen Bestimmungen“ heißt:

„Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben für die Ein- und Durchführung der getroffenen Abmachungen besorgt zu sein.“

Es ist nicht notwendig, hier aufzuführen, was es sich unser Verband an Geld und Arbeit kosten ließ, dieser Bestimmung restlos nachzukommen. Aber was geschah auf Seiten der Arbeitgeber? Nicht allein nichts, was einer Förderung der Abmachungen auch nur ähnlich sähe, sondern die Leipziger Prinzipalleitung hat unserm Verbande die bewiesene „Besorgtheit“ arg übel genommen und ihr jedes nur ausführbare Hindernis in den Weg gestellt. So natürlich wollen wir den gewerblichen Frieden nicht verstanden wissen. Wenn wir schon dafür kämpfen müssen, dann mit der notwendigen Ellenbogenfreiheit allein, oder indem wir die Kosten für den Kampf auf beide Teile gleichmäßig verteilen. Deshalb hat es auch der Verbandstag in seiner Resolution den einzelnen Zahlstellen freigestellt, mit der Prinzipalität örtliche Tarife abzuschließen. Das soll und wird geschehen, ohne daß unsere Kollegenschaft wieder Rücksichten auf die Verhältnisse anderer Orte gebunden ist. Solche Rücksichten zu nehmen, war solange angebracht, als man annehmen konnte, daß man auch auf der Gegenseite bestrebt ist, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Nachdem sich diese Annahme als irrig erwies, besteht kein Grund mehr, örtlich mögliche

Verbesserungen der Verhältnisse zu Gunsten anderer Orte zurückstellen. Überall dort aber, wo auf Prinzipalsseite keine Reizung besteht, dem Tarifgedanken näher zu treten, werden wir uns nicht in große Unkosten für ein Tarifverhältnis stützen brauchen. Die Hilfsarbeiterschaft weiß auch ohne Tarif, was ihre Arbeitskraft wert ist, und wird die von ihr als nötig erkannte Bezahlung in entsprechender Form zu erlangen wissen. Dann allerdings dürfte nicht immer Rücksicht auf die Erhaltung des gewerblichen Friedens genommen werden können.

Was den letzten Teil der Resolution anlangt, kann wieder darauf hingewiesen werden, daß sich die Stellung der Gehilfen zu unseren Bestrebungen naturgemäß aus den bisherigen tariflichen Erfahrungen ableitet. Der vortarifliche Zustand in den Maschinenfälen hat ständig dazu beigetragen, das Tarifverhältnis der Buchdrucker zu beunruhigen und sogar häufig empfindlich zu stören. Die Gehilfen standen nur zu oft im Konflikt mit ihren tariflichen Pflichten einerseits und ihren Solidaritätspflichten gegenüber ihren ungelerten Mitarbeiterinnen andererseits. Um diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, halfen sie nach Kräften mit, das unruhige Element der Hilfsarbeiter einzugliedern in die gewerbliche Ordnung. Es ging das nicht immer ganz glatt und auch nicht ohne einen gewissen sanften Nachdruck von ihrer Seite vor, aber es gelang schließlich doch. Damit hatten die Gehilfen sich und dem Gewerbe unzweifelhaft einen großen Dienst erwiesen. Andererseits hatten sie aber den Hilfsarbeitern gegenüber eine gewisse Verantwortlichkeit übernommen und die bestanden darin, daß sie neben dem nun einmal angewendeten Zwang nach der einen Seite auch auf die andere einzuwirken hatten, dem Tarif den notwendigen Ausbau angebeihen zu lassen. Diese Einwirkung ist auch erfolgt, nur nicht mit dem bei den Hilfsarbeitern festzustellenden Ergebnis. Die Tariforgane der Buchdrucker und auch der Buchdruckerverband haben durchaus ihre Pflicht getan, aber ihre Bemühungen sind an dem passiven Verhalten der Prinzipalsleitung ebenso glatt abgeprallt wie die unseren. Auch die Gehilfen haben sich nun das Spiel einige Jahre mit angesehen, bis anscheinend auch sie es satt hatten, für eine Sache mit verantwortlich zu sein, die einfach nicht mehr zu verantworten war. Daher auch ihre Stellungnahme zu der „Hilfsarbeiterfrage“ auf der Würzburger Generalversammlung und unter in der Resolution enthaltene Appell. Die Wirkung beider Kundgebungen dürfte erstmalig in der vorwöchentlichen Sitzung des Tarifausschusses zum

Ausdruck gekommen sein, über deren Resultat noch berichtet werden wird, wenn eine amtliche Berichterstattung erfolgt sein wird. Gleichviel aber glauben wir heute schon sagen zu dürfen, daß die Gehilfen schwerlich wieder die Hand dazu bieten werden, der Hilfsarbeiterschaft neuerdings solche tarifliche Fesseln anzulegen, die ihr allein alle Pflichten auferlegt und den Prinzipalen alle Rechte gewährt. Wir wollen hoffen, daß es nicht erst dazu kommen braucht, unsere am Schluß der Resolution ausgesprochene Erwartung in die Tat umzusetzen, glauben aber, daß es nach den gemachten Erfahrungen den Gehilfen nicht schwer fallen dürfte, im gegebenen Falle mit der ihnen zu Gebote stehenden Macht auch für unsere als berechtigt anerkannten Bestrebungen einzutreten.

Nach allen Seiten betrachtet, ist der Tarifschluß des Verbandstages mehr als lediglich eine Entscheidung über unser bisheriges Tarifverhältnis. Es wurde nicht allein ein unhaltbares System ein Ende bereitet, sondern gleichzeitig ein neuer Weg vorgezeichnet zu dem nun einmal als richtig erkannten Ziel. Auch das Hilfspersonal des Buchdruckgewerbes ist, trotz aller gegenteiligen Behauptungen und bei den Haaren herangezogenen „Gegengründen“ tariffähig und tarifreif. Es wird das Seine jederzeit dazu beitragen, daß im Gewerbe Ruhe und Ordnung herrscht, vorausgesetzt natürlich, daß es auch an den Segnungen dieser Ruhe und Ordnung seinen berechtigten Anteil genießen kann. Insofern will der Beschluß des Verbandstages verstanden sein.

Nach Schluß des Blattes erfahren wir den Wortlaut der Entschließung des Tarifausschusses zu der Hilfsarbeiterfrage. Wir veröffentlichen den Beschluß im nachstehenden und werden nach Vorliegen des offiziellen Sitzungsprotokolls eingehend dazu Stellung nehmen.

„Der Tarifausschluß erachtet es im Interesse des gewerblichen Friedens für wünschenswert, daß gegenüber der vorliegenden Kündigung der „Allgemeinen Bestimmungen“ leitens der Hilfsarbeiter es zu neuen Verhandlungen zwischen der Prinzipalität und den Hilfsarbeitern kommen möge und daß dem Tarifamt die Befugnis erteilt wird, auf Antrag der Hilfsarbeiter diese Verhandlung anzubahnen.“

Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

In der „Glocke“*) behandelt der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Th. Zeitpart, das in

*) „Die Glocke“, sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

der Ueberschrift behandelte Thema. Einiges davon geben wir nachstehend wieder:

„Die innere Kräftigung der Gewerkschaften muß einen möglichst großen Schritt vorwärtsgetrieben werden. Mit den anfänglichen prüflichen Leistungen sind wir ja schon lange nicht mehr angekommen, aber es kann trotz aller Fortschritte doch nicht behauptet werden, daß allen Bedürfnissen und berechtigten Anforderungen der Mitglieder schon Rechnung getragen würde. Wohl bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Verbänden, wohl keiner aber kann schon als wirklich umfassende Interessenvertretung der Arbeiter gelten. Es ist noch immer manches übriggeblieben aus der Gründungszeit, wo die Agitation gewissermaßen unsere Haupttätigkeit war und auch sein mußte. Raum hierfür waren anfänglich ausreißende Mittel vorhanden, die persönlichen Kräfte ebenfalls nur schwach und gering an Zahl, fast die ganze Bewegung rein auf den Idealismus des aufstrebenden Teiles der Arbeiterklasse gestützt. Diese ideale Begeisterung ist natürlich auch jetzt und in Zukunft sorgsam zu hüten, ohnehin jedoch sind die materiellen Bedürfnisse erheblich mehr noch als bisher zu vertreten und zu erfüllen.“

Die guten Erfahrungen, die alle Gewerkschaften mit der Einführung der Unterstützungseinrichtungen gemacht haben, zeigen deutlich, daß die Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen allein nicht genügt, sondern daß auch die persönlichen Verhältnisse daneben ins Auge zu fassen sind. Auf diesem Wege können die Wertschätzung der Gewerkschaften und das Zutrauen bei den Arbeitermassen noch ziemlich gesteigert werden.

Nicht daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin von ihrem Verband in jeder Lage bevormundet und zur Unselbständigkeit erzogen werden, wohl aber sollen sie die Gewißheit haben, daß sie sich womöglich in jeder Lebenslage auf die Gewerkschaft stützen und verlassen können; daß sie in den Verbandsfunktionären stets jemand haben, der ihre allgemeinen und selbst ihre mehr persönlichen Verhältnisse kennt, sich dafür aufrichtig interessiert und ihnen auch immer Rat und Hilfe weiß. Besonders hinsichtlich der zunehmenden Anzahl weiblicher Mitglieder erwachsen den Verbänden hier große Verpflichtungen.

Als Beispiel für die notwendige Entwicklung der gewerkschaftlichen Tätigkeit möchte ich der Kürze halber hier nur das Haupttätigkeitsgebiet, die Lohnbewegung, anführen. An Stelle der ziemlich einfachen Streitführung von früher sind in vielen Berufen schon seit Jahren die immer umfangreicheren Tarifbewegungen getreten. Es ist

Der Hunger im Sprichwort.

Von Th. Thomas.

Keulich sagte zu mir einer: „Auch du wirst dein Fett noch kriegen“, worauf ich zurückrief: „Wärst du, wo der Pfeffer wächst!“ Da haben wir uns beide angesehen und herzlich gelacht; dabei kam es uns zum Bewußtsein, wie doch der Krieg so gründlich auch unseren Sprichwortschatz zermüht hat. Wenn sie es wohl noch ein, vom „aufgewärmten Kohl“ zu reden, wer würde nicht etwas „für ein Butterbrot“ oder gar „um ein Linsengericht“ hergeben? „Hopfen und Malz ist längst verloren“, viele würden sich heute sogar dazu verstehen, „Kastanien aus dem Feuer zu holen“, wenn es nur welche zu holen gäbe. Sogar „glühende Kohlen auf dem Haupte sammeln“ wäre in der Zeit der Kohlennot ein Gewinn, man könnte Koks davon machen. Wie kann „ein eigener Herd Goldes wert“ sein, wenn kein Brennmaterial drin ist. „Del ins Feuer zu gießen“ geht nicht, selbst wenn Mutter „auf heißen Kohlen sitzt“ und wenn sie nur „mit Wasser kochen wollte“, alles blieb „zäh wie Sphleber“.

Da aber niemand „von der Luft leben kann“, so muß man „in den fauren Apfel beißen“ und sich sogar um ungelegte Eier kümmern“. Ein Vorteil ist es, wenn man jetzt „Grüße im Kopf“ hat. Wer „einen Vogel schießt“ oder „den Braten riecht“, der ist „ein richtiger Glückspilz“. In diesem Falle gilt das Wort: „der kann mehr wie Brot essen“;

kommt so einer mit einem „Wackisch“ zusammen, dann wäre „das ein Fressen für ihn“. „Mir wäsert schon der Mund“. Aber leider, die Fische sind rationiert.

Wo ist der, der noch „große Kofinen im Sack“ hätte?, den würde „der Hafer stechen“, die Welt rief ihm zu: „Prost Maßzeit“, denn die Kofinen sind beschlagnahmt. Da ist es schon besser, man bekommt „Brot um das Maul geschmiert“. Wer noch „ein Hühnchen zu pfücken“ hat, der kann sich damit „das Maul stopfen“, denn „selber essen macht fett“. Fraglich blieb immer noch, ob ihm das Geflügel nicht angerechnet würde, denn „er führte dann ein Leben wie im Schlaraffenland“. Das Kriegsernährungsamt will uns bavor schützen, deshalb sammelt es nur „Kraut und Rüben“ zum freien Verkauf, aber „dazu gehört ein guter Magen“.

„Weiß mir nur mit dem Quarz vom Leibe“, hören wir schon rufen. Trotzdem: „Er schabt sich ein Rübchen“, kommt heuer wieder mehr zur Geltung, weil „in der Rot auch der Zeisel Fliegen frist“. Doch „das sind alles brotlose Künste“, gehen wir „nicht um den heißen Brei herum?“ Heute „nimmt jeder Hund ein Stück Brot von uns“. Wenn man fragt, der „lehnt sich nach den Fleischtopfen Ägyptens“, gar nicht zu reden von der „Jut bebrannten Jans“.

Ein bebranntes Sprichwort sagt: „Er ist ein dicker Mann, folglich ein guter“. Das ist heute sehr gewagt, besser schon: „Er ist nicht wie Haut und Knochen“, oder „er hat keinen Saft und keine

Kraft“. „Nicht Fleisch, nicht Fisch“ trifft jetzt mit grausamer Ironie zu, ebenso „daß kein Hase mehr im Pfeffer liegt“. Es ist heute ganz unmöglich, wenn noch jemand „mit Sped Mäuse fangen“ wollte. Dagegen trifft auf verständnisvolle Mienen, wer die Behauptung aufstellt, daß überall „Schmalhans Küchenmeister“ ist. Wieviel Worte haben wir nicht auf Schwein gemacht, um jemand zu beschmutzen, heute zieht jeder den Hut vor dem Tier.

„Abwarten und Tee trinken“ hat noch seine Berechtigung, besonders im Streit zwischen Kühmann und Westarp; nicht so sehr aber: „Er wehlt, wo Barthel den Most holt“, denn es ist keiner zu haben, selbst kein Keffelwein. „Kaffee und Zucker machen den Beutel lücker“, scheint auch einmaßeine Kriege entstanden zu sein, nicht aber: „Gott, der Zähne gibt, gibt auch Brot“, dazu braucht jeder seine Brotmarken; auch „unser täglich Brot gib uns heute“ hat nunmehr seinen guten Ruf verloren.

„Sobiel Lärm wegen eines Eierluchens“. Dies Sprüchlein stammt aus dem 17. Jahrhundert, der es aussprach, war jedenfalls der Meinung, daß es nicht der Rede wert ist, um einen Eierluch ein Wort zu verlieren. Ich kenne Leute, die einen Purzelbaum schlagen würden, wenn sie ihn bekämen; es ist jetzt sogar schwer, „Bastillekneier auszubrüten“, von „Febermann ein Ei, dem frommen Schweppermann aber zwei“ gar nicht zu reden. „Wir kochen breite Betteluppen“ bekommt mit jedem Tag mehr Gültigkeit. „Die Milch der

früher, daß sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem großen und wichtigen Aufgabengebiet noch mehr wandeln wird als seither schon. Die Tarifverträge drängen immer tiefer nicht nur in die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch in die Verhältnisse der Unternehmer, der einzelnen Betriebe, ein. Ihre Formulierung wird immer umfangreicher und komplizierter. Mit Schlagworten ist da nichts mehr zu machen. Die praktischen Bedürfnisse müssen beachtet und erfüllt werden. Aus den Ortsverträgen werden Reichstaxtarife, sind es vielfach schon geworden. Die Unterschiede der tatsächlichen Lebensbedingungen erfordern aber abweichende Vorschriften, je nach der Größe und Bedeutung der einzelnen Stadt. Also muß der Reichstarif spezialisiert, müssen Tarifklassen gebildet, muß den Bedürfnissen der stets fortschreitenden Teilung der Arbeit immer mehr Rechnung getragen werden.

Je mehr man aber spezialisieren, auf Einzelheiten eingehen muß, desto mehr stößt man unmittelbar auf die Praxis, und desto mehr verlangen praktische Gründe ihr Recht. Die Unterhändler auf beiden Seiten müssen darin wohlwollend sein. Wo im Streit früher eine gute Versammlungsrede genügt, sind bei den Verhandlungen in Zukunft tiefgehende berufliche und all-gemeinwirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen erforderlich. Es geht nicht mehr, etwa die Einwendungen der Unternehmer, ihre ablehnenden Gründe einfach zu bekämpfen und zu verwerfen, sie müssen auf ihren Grund geprüft und müssen vielfach wohl auch beachtet und berücksichtigt werden. Wenn auch die Unternehmervertreter haben es in Zukunft nicht mehr so leicht wie seither. Sie müssen auf die Forderungen der Arbeiter mit sachlichen Gründen Rede und Antwort stehen, mit dem Her-im-Haus-Standpunkt, der sich auf Verhandlungen am liebsten gar nicht einlassen wollte, ist dank nichts mehr anzufangen. Die Tarifberatungen werden zukünftig immer mehr ein richtiges Berufs- und Industrieparlament erfordern, in dem die Parteivertreter zwar in erster Linie das Interesse ihrer Partei, der Arbeitgeber auf der einen und der Arbeitnehmer auf der anderen Seite, wahren, zugleich aber immer mehr auch das gemeinsame Gewerbeinteresse ins Auge fassen werden.

Die Arbeitsgemeinschaften, die zu Beginn des Krieges, als die Not am größten war, gemeinsam von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften in den einzelnen Industrien und Gewerben gegründet worden sind, werden, auch wenn sie inzwischen zum größten Teil wieder eingeschlafen sind, in Zukunft dem Sinne nach ganz

früher fortgesetzt oder erneuert werden müssen. Wenn nämlich den Unternehmern die „Förderung der nationalen Arbeit“ nach dem Kriege wirklich am Herzen liegt, werden sie auf die Mithilfe der Gewerkschaften nicht verzichten dürfen. Und die Gewerkschaften können und werden ihre Hilfe nicht verlagern. Schon von jeher haben sie bei der Aufstellung und Durchführung ihrer Forderungen auf das allgemeine Berufs- und Gewerbeinteresse Rücksicht genommen, wohl wissend, daß es dem Arbeiter nur gutgehen kann, daß günstige Arbeitsbedingungen und hohe Löhne nur möglich sind, wenn das ganze Gewerbe gesund ist und seinen Mann ernährt. Es ist also gar keine neue Theorie, wenn darauf hingewiesen wird, daß dies gemeinsame Interesse zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht. In der Agitation, deren Sprache Uebertreibungen liebt und auch braucht, haben wir seither allerdings gewöhnlich nur die gegensätzlichen Interessen hervorgehoben. Diese bestehen natürlich fort und werden auch nicht in unserem Bewußtsein verwischt, wenn wir in Zukunft ausprechen, was wir ernsthaft noch nie bestritten haben, daß neben den gegensätzlichen auch große gemeinsame Interessen vorhanden sind.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. In der sehr stark besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 2. Juli erlaßte Kollege Kalb Bericht über die Verhandlungen des außerordentlichen Verbandstages. Er wies darauf hin, daß man gerne davon Abstand genommen hätte, einen Verbandstag während der Kriegszeit abzuhalten. Unsere Tarifforderung ist aber so unhaltbar geworden, daß es unmöglich war, den Verbandstag noch länger hinaus zu schieben. So habe sich auch der Verbandstag in zweitägiger geschlossener Sitzung allein mit der Tariffrage beschäftigen müssen. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme der Entschliebung, wie sie in der Nr. 25 der „Sol“ bekannt gegeben wurde. Wir wissen ja, führte Redner aus, welche Erfahrungen wir hier in Frankfurt in bezug auf unser Tarifverhältnis gemacht haben. Bei dem erstmaligen Tarifabschluß 1907 wurde bereits im Jahre 1908 seitens der Prinzipalsvereinigung der Tarifvertrag einseitig aufgehoben. Während 1912 in einer Anzahl Tariffabriken der Tarifvertrag mit dem ersten Januar in Kraft trat, haben wir hier in Frankfurt a. M. erst ein halbes Jahr später abschließen können zum Schaben unserer Kollegenchaft. Bei Behandlung der Feuerungszulagen haben wir es sehr vermissen müssen, daß wir keine Zentralinstanz bestanden, ähnlich wie bei den Buchdruckern, die die Feuerungszulagen einseitlich festlegte. Bei uns war stets die Kraft der Organisation entschei-

hend. Wo die Organisation stark war, da haben wir einigermaßen bei den Feuerungszulagen was erreicht, das Gegenteil war der Fall, wo die Organisation auf schwachen Füßen stand. Die „Allgemeinen Bestimmungen“ sind gekündigt, ebenso der Haftungsvertrag. Da unser örtlicher Lohn-tarif auf Grundlage dieser „Allgemeinen Bestimmungen“ abgeschlossen worden ist, haben wir auch für Frankfurt diesen örtlichen Lohn-tarif zum gleichen Ablauftermin gekündigt. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir nun den Kriegszustand erklären. Nein, wir wollen auch weiterhin in Frieden mit den Prinzipalen auskommen und dem-gemäß haben wir auch der Prinzipalsvereinigung Mitteilung gemacht, daß unsere Kollegenchaft zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der Frankfurter Prinzipalsvereinigung ihre Bereitwilligkeit erklärt. Wenn auch die Prinzipale den Frieden aufrecht erhalten wollen, so sollte uns das freuen, wenn nicht, nun dann werden sie uns bereit finden. Sodann bespricht der Kollege Kalb noch die geänderte Beitrags- und Unterstützungsform. Er ist der festen Ueberzeugung, daß unsere Kollegenchaft auch mit diesen Änderungen sich einverstanden erklären kann, da unsere Aufgabe sein muß, für eine gutgefällige Kasse zu sorgen. Zur Feuerungszulagen-Angelegenheit gibt er bekannt, daß auf Beschluß des Vertrauenskörpers und Vorstandes an die Prinzipalsvereinigung das Ersuchen um Verhandlungen ergangen ist um die Festlegung einer erneuten Feuerungszulage, die spätestens am zweiten Jahrtage im Juli an unsere Kollegenchaft zur Auszahlung zu bringen ist. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß jedes Mitglied der Organisation gegenüber seine volle Pflicht erfüllen möge, dann können wir zuversichtlich der Zukunft entgegen sehen. In der folgenden Diskussion billigt der Kollege Baumann die Beschlüsse des Verbandstages. Er ist aber mit dem Beschlusse, die Verbandzeitung nur noch 14tägig erscheinen zu lassen, nicht einverstanden. Was ein derartiger verfehlter Beschluß bedente, würde die Zukunft lehren. Wenn man dann wirkliche Erparnisse an der Verbandzeitung hätte machen wollen, dann hätte man diese in Zukunft zweiseitig aber wöchentlich erscheinen lassen sollen. Im ähnlichen Sinne sprechen noch mehrere Kollegen. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

„Die Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Zahlstelle Frankfurt a. M. erklären nach Anhören des Berichtes vom außerordentlichen Verbandstag ihr volles Einverständnis mit den dort gefassten Beschlüssen in der Tariffrage wie auch der Beitragsreduktion. Mit lebhaftem Bedauern nehmen die Versammelten davon Kenntnis, daß unser Fachorgan „Solidarität“ in Zukunft nur noch 14-tägig erscheinen soll. Dieser Beschluß sei auf alle Fälle als ein verfehlter zu betrachten.

Zur Tariffrage erklären die Versammelten ihr Einverständnis mit der bereits eingereichten Kündigung unseres örtlichen Lohn-tarifes zum 31. Dezember d. J.

Zur Feuerungszulage wird der Vorstand beauftragt dafür Sorge zu tragen, daß die Feuerungszulage der gegenwärtigen Feuerung entsprechend erhöht wird und spätestens am zweiten Jahrtage im Juli zur Auszahlung gelangt.

Die Versammelten verpflichten sich, für die Durchführung der auf dem Verbandstage gefassten Beschlüsse Sorge zu tragen.“
(Eingegangen am 5. 7.)

Kaufbeuren. Seit Kriegsausbruch zum erstenmale wieder sah die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes den Gauleiter in einer vollbesetzten Versammlung am Mittwoch, den 3. Juli, bei sich. Nach der vom Kollegen Buchardt vorgenommenen Eröffnung derselben und Begrüßung des Kollegen Schmid, sowie des erschienenen Vorsitzenden der Lithographen und Steinbrucker, wie des hiesigen Kartellvorsitzenden, gab unser Gauleiter in einem einstündigen Referate Bericht über den 2. außerordentlichen Verbandstag. Sämtliche dort gefassten Beschlüsse fanden die Zustimmung der Versammlung. Einen außerordentlich breiten Raum in der dem Bericht folgenden Ansprache nahmen die tieftraurigen Lohnverhältnisse für das Hilfspersonal der Kaufbeurer Kunstanstalten ein. Die dort bezahlten Feuerungszulagen für die ledigen weiblichen wöchentlich 5 Mark, für die verheirateten 6 Mark, für die männlichen ledigen 9 Mark und für die verheirateten 10 Mark 75 Pf., sind nicht-barnach angetan, um gegenüber der ungeheuren Feuerung einen Ausgleich zu schaffen, zumal dort durchweg nur der Minimallohn bezahlt wird, der zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Die lebhafteste Ansprache führte

frommen Denkungsart“ ist sauer geworden; „in jeden Quart seine Nase stecken“, wäre ein Hochgenuß, jeder kostet das Pfund fünf Mark, und es gibt keinen. Da kann man schon „zu Essig werden“.

„Der Butter auf dem Kopfe hat, braucht nicht an die Söhne zu gehen“, das soll für Hamster gelten, die für das Pfund 20 Mark zahlen, sie scheuen alle das Tageslicht, besonders in Achsenburg. „Sonig um das Maul schmieren“ ist eine schwere Sache, eher schon „Koh an die Baden“; ebenso rate ich niemand, seine Nachbarin eine „bumme Sans“ zu nennen, sie könnte sonst das Verdienstfretz für Kriegshilfe bekommen. Wer kann heute noch „mit der Wurst nach dem Schinken schmeißen“ oder „karen Wein einschenken“? Das ist ebenso unmöglich, als wenn ich sagen wollte: „Gib deinen Senf dazu“, „Woher nehmen und nicht stehlen?“ möchte ich fragen.

Wer jetzt sagt, „es ist mir Wurst“ und hat keine Fleischkarte, fällt schon auf. Wer „einen Schwamm im Magen hat“, ist in diesen Zeiten nicht zu beneiden; ein voller Magen studiert nicht gern, kann süßlich gestrichen werden, auch „wenn's am besten schmeckt, soll man aufhören“, weil man ja kaum anfangen kann. Auch „du dummes Schaf, Stinbviel, Ochse“ usw. bewirkt nur das Gegenteil von der Absicht.

„Ins Fettmäpfchen treten“ müßte heute ein Hochgenuß auch für Vegetarier sein; wer könnte sich verkehrt fühlen, wenn ihm gesagt würde, „du

hast dein Fett weg?“ Sicher niemand. „Du altes Karnidel“ bewirkt nur einen sehnüchigen Augen-ausschlag, weil es marlenfrei ist, und wenn man „Trapp, trapp“ sagt, wird man gleich gefragt: Wo gibst's das denn? „Dem Gaul sieht man sicher nicht ins Maul“.

So ändern sich die Zeiten. „Aus dem Herzen heraus frisch und frei reden“, ist reinweg unmöglich, weil immer ein Haken dahinter sitzt. „Der Hunger ist der beste Koch“, mag noch angehen, obgleich ich mit dem „Salz und Bot macht Wangen rot“ schlechte Erfahrungen gemacht habe. Jeder möchte der dümmste Bauer wegen „der größten Kartoffeln“ sein, heute gilt kaum das Weberkleb:

Kartoffeln in der Früh,
des Mittags in dem Brühl,
des Abends in dem Ehrenkleid,
Kartoffeln in alle Ewigkeit,

weil mit einem Pfund täglich dieser schöne Grund-satz nicht durchzuführen ist. „Das stinkt wie Käse“, hörte ich neulich auf der Straße, gleich blieb die Elektrische stehen und die Schaffnerin fragte: Wo haben Sie denn den Käse her? Diese Woche gibst's doch keinen.

Überall stößt man an. Ein Sprichwort aber hat heute noch seine volle Berechtigung, Vater, Mutter und die Kinder, Bürgermeister und Ratsherren bestätigen es, nämlich: „Vogel friß oder stirb!“

zum Schluß zur Annahme eines aus der Mitte der Versammlung eingegangenen Antrages, der lautet:

„Die Druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nehmen in ihrer heutigen Versammlung Veranlassung, zu den gegenwärtigen, zu den heutigen Zeitverhältnissen in keinem Verhältnis mehr stehenden Lohnsätzen, sowie Teuerungszulagen Stellung zu nehmen. Sie beauftragen die Gauleitung, raschestens sich mit den Buchgraphen und Steindruckern, wie mit den Buchbindern in Verbindung zu setzen, um den gemeinschaftlich abgeschlossenen Tarif einer Revision zu unterziehen, und durch eine neue Vorlage an die Direktion der Kaufbeurer Kunstanstalten sowohl einen zeitgemäßen Vertrag, wie die Herbeiführung neuerer und höherer Teuerungszulagen zu verhandeln.“

Nach einem ansehnlichen Schlufwort des Gauleiters zur weiteren Agitation für die Stärkung der Zahlstelle fand die Versammlung ihren Schluß. (Eingeg. 8. 7.)

Rempten i. Allgäu. Donnerstag, den 4. Juli, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, zu der leider verschiedene Kolleginnen infolge auch hier epidemisch auftretender Influenza verhindert waren zu erscheinen. Aufmerksam verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des Gauleiters über die Verhandlungen am 2. außerordentlichen Verbandstag und erklärten sich mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Für höchst notwendig erklärten die Versammelten eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen und beauftragten den Gauleiter, sofort nach Abschluß mit den Gehilfen auch durch Antrag an das hiesige Gewerbeamt, wie es der hiesige Vertrag vorsteht, für das Hilfspersonal neue Teuerungszulagen zu fordern, da mit dem jetzigen Verdienst es einfach unmöglich sei, noch weiter bestehen zu können. Die Kollegenschaft ließ auch keinen Zweifel aufkommen, daß sie bereit sei, bei ungenügendem Angebot der Prinzipale die Konsequenzen zu ziehen. Die Kolleginnen auffordernd, unentwegt zur Fahne des Verbandes zu stehen und zukünftigen Kämpfen mit Ruhe entgegen zu sehen, schloß Kollege Wegmann die Versammlung. (Eingeg. 8. 7.)

München. Eine vollzählig besuchte Nacharbeiterversammlung am 1. Juli nahm den vom Gauleiter, Kollegen Schmid, gegebenen, von Kollegen Hörmann wirksam ergänzten Bericht des zweiten außerordentlichen Verbandstages entgegen. Wenn die Versammlungsteilnehmer auch wünschten, daß bei der Beitragsverhöhung auch dem Wunsche der Münchener Kollegenschaft auf Erhöhung der Krankenunterstützung mehr Rechnung getragen worden wäre, so erklärte sich die Versammlung doch einstimmig mit den auf dem Verbandstag gefaßten Beschlüssen einverstanden. Eine rege Aussprache rief insbesondere unser Tarifverhältnis hervor und die nun aufs neue geforderten Teuerungszulagen wurden als das mindeste erklärt, was in Anbetracht der gewaltigen Notlage unter der Hilfsarbeiterchaft gefordert werden müsse. Besonders erbitternde Worte fielen gegen die Indifferenten, die immer mit ernten ohne auch nur das geringste zur Saat mit beizutragen. Ein Antrag, der verlangte, daß unsere organisierten Kollegen einfach nicht mehr mit unorganisierten zusammenarbeiten, wurde zwar abgelehnt, jedoch beschlossen, für die Zukunft den Indifferenten gegenüber eine schärfere Stellung einzunehmen, als wie das bisher der Fall gewesen war. Als Verhandlungsteilnehmer zu den Beratungen über die neuen Teuerungszulagen wurde Kollege Franz Hörmann gewählt. Kollege Schmid gab noch bekannt, daß die neuen Beitragsätze mit dem Datum der Ausbezahlung der neuen Teuerungszulagen in Kraft treten. (Eingeg. 8. 7.)

Regensburg. In einer erfreulichertweise vollzählig besuchten Mitgliederversammlung am 22. Juni erlaßte Gauleiter Kollege Schmid-München Bericht über die Verhandlungen des zweiten außerordentlichen Verbandstages. Unsere nicht zu umgebende Stellungnahme zur Tariffrage, wie die Notwendigkeit einer Beitragsreform, schilderte der Redner in eindrucksvollen Worten und fand bei den Anwesenden volles Verständnis. Die vom Verbandstag gefaßten Beschlüsse in erster wie zweiter Frage wurden einstimmig aufgegeben. Dem Vorschlage des Gauleiters, den Ortstarif auf die Dauer des Deutschen Buchdruckerarbeitsvertrages zu lassen, wenn Teilens der Arbeitgeber hinreichende materielle Zugeständnisse gemacht würden, schloß sich die Versammlung einstimmig an. Die Gauleitung wurde sodann beauftragt, unverzüglich sich mit dem Bezirksverein Regensburg

des Deutschen Buchdruckervereins in Verbindung zu setzen, um mit gleichem Datum wie es für die Gehilfen geschehen soll, auch für das Hilfspersonal neue Teuerungszulagen zu erhalten. Einmütigkeit herrschte darin, daß die Kollegenschaft mit Ernst hinter ihren Forderungen stehen wird und bei Ablehnung derselben auch bereit ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Mit anfeuernden Worten nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch die letzten Indifferenten sich unserem Verbände angeschlossen hätten, wurde die Versammlung geschlossen. (Eingeg. 29. 6.)

Rundschau.

Ein Ehrentag des Holzarbeiterverbandes. Die letzte Juni-Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ war der Feier eines doppelten Ehrentages gewidmet: 50 Jahre sind verfloßen, seitdem die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation der deutschen Holzarbeiter ins Leben trat, und am 1. Juli 1893, also vor 25 Jahren wurde der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet. 1868, noch vor der Aufhebung der Koalitionsverbote, welche bekanntlich erst am 1. Oktober 1869 außer Kraft traten, wurde auf Veranlassung der Kassaleaner im Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß die Gewerkschaft der Holzarbeiter von Theodor Dort gegründet. Mit ihrem Leiter ging die Organisation bald aus dem Lager der Kassaleaner in das der Eisenacher über. Heftige langwierige Kämpfe führte sie mit der Gegenorganisation der anderen Richtung, dem Allgemeinen Tischlerverein, und der Streik überdauerter sogar die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Erst im Jahre 1877 fand man sich zum Bund der Tischler und verwandten Berufsgeosjen zusammen, — wenige Wochen später verkörperte das Ausnahmegesetz alle Anfänge der Organisation. Erst allmählich fanden sich die durch seinen Terror anfangs völlig zerprengten Arbeiter wieder zusammen. Auch zahlreiche kleinere Organisationen der Holzarbeiter entstanden, und trotz aller gesetzlichen Schwierigkeiten fanden sich auch die Fachvereine bald wieder zu Zentralverbänden zusammen, von denen der größte und wichtigste der Deutsche Tischlerverband war, der 1883 gegründet ist. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes lebten die Bestrebungen auf Schaffung umfassender Industriebünde an Stelle der Branchengeneration lebhaft ein, und die Holzarbeiter waren mit die ersten, die auf dem Kasseler Holzarbeiterkongreß vom April 1893 einen Industriebund aller Holzarbeiter gründeten, denen sich sofort die Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher angeschlossen; im Laufe der Jahre hat sich eine ganze Reihe weiterer Berufsverbände mit dem Holzarbeiterverband verschmolzen, doch arbeitet dieser auch mit Berufsverbänden, die sich ihm aus irgendeinem Grunde nicht anschließen wollten, freundschaftlich zusammen. Im Holzarbeiterverband selbst werden die besonderen Brancheninteressen durch eigene Sektionen, Konferenzen und Zentralkommissionen wahrgenommen.

Aufstieg und Leistungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind allgemein bekannt. Er hat gegenwärtig in der Heimat über 110 000 Mitglieder, davon 20 000 weibliche und jugendliche, ein Verbandsvermögen von 8 Millionen, einen Jahresetat von 4½ Millionen und kann auf eine riesige Leistung für die Verbesserung der Lebenslage der Holzarbeiter durch Kampf und Unterstützungen zurückblicken. Weit über 100 000 seiner Mitglieder stehen im Felde. Ueber die Bedeutung einer Organisation, aus der für die deutsche Arbeiterklasse Führer wie Legien, Robert Schmidt, Wilhelm Feil, Theodor Leipart usw. hervorgegangen sind für die Gesamtarbeiterbewegung, bedarf es keiner weiteren Worte. Die ganze deutsche Arbeiterklasse nimmt an den Ehrentagen des Holzarbeiterverbandes Anteil und wünscht ihm weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen.

Unfall. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Ende der vorigen Woche im Rotationsbetriebe des „Stuttgarter Neuen Tagblatt“. Unsere Kollegin Helene Fell war mit dem Bugen der Rotationsmaschine beschäftigt. Während dieser Arbeit wurde die Maschine in Gang gesetzt und die Bedauernswerte geriet mit der Hand zwischen die Falztrommel und den Schneidezylinder; dabei wurde ihr die rechte Hand direkt über dem Handgelenk abgeschnitten. Die Untersuchung über die Schuldfrage an diesem bedauerlichen Unfall ist noch nicht abgeschlossen. Der Verletzte, welche im 42. Lebensjahre steht, wendet sich die allgemeine Teilnahme zu. W.

Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt hat im Hinblick auf die von den deutschen Unternehmerverbänden wiederholt abgegebenen Erklärungen, den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten und Arbeitern ihrer früheren Arbeitsplätze, soweit irgend möglich, wieder einzuräumen, anregt, daß die Unternehmer, soweit es bisher etwa noch nicht geschehen sein sollte, schon jetzt oder doch sobald als es im Einzelfalle irgend durchführbar ist, sich darüber entscheiden möchten, welche Angestellten und Arbeiter sie wieder einstellen werden, so daß wenigstens ein Teil der Kriegsteilnehmer der bisher in gewissem Umfange doch noch auf ihnen lastenden Ungewißheit über ihre spätere wirtschaftliche Lebensstellung erlöhnen werden könnte. In unmittelbarem Zusammenhange damit steht die Frage, in welchem Umfange die grundräßig hilfsweise Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben abgebaut werden muß, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern ihre früheren Arbeitsplätze wieder frei zu machen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt möchte deshalb die Unternehmer gebeten haben, auch in dieser Beziehung schon jetzt auf eine vorsorgliche Regelung in den einzelnen Betrieben bedacht zu sein, gegebenenfalls auch genauere Richtlinien dafür auszustellen. —

Zu der Frage der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer wird auch unser Verbandsvorstand entsprechend eines Beschlusses des außerordentlichen Verbandstages Stellung nehmen und Richtlinien ausarbeiten, nach denen bei der Wiedereinstellung unserer aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen verfahren werden soll. Es wird sich unseres Erachtens nach notwendig machen, daß über diese äußerst wichtige Frage eine Verständigung zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen rechtzeitig herbeigeführt wird.

Die Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften. Die jüngste der von der Generalkommission veranstalteten Erhebungen über den Stand der Zentralverbände weist wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl auf. Es hatten am Schluß des ersten Quartals 1918 die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (ohne die Verbände der Chorsänger und Deutschen Eisenbahner) zusammen 1 336 519 Mitglieder, darunter 961 783 männliche und 354 786 weibliche. Gegen das 4. Quartal 1917 hat sich die Mitgliederzahl um 59 887 = 4,7 Proz. vermehrt.

Am Schluß des 2. Quartals 1918, also kurz vor Ausbruch des Krieges, zählten die gleichen Verbände 2 289 514 männliche, 221 071 weibliche, zusammen 2 510 585 Mitglieder. Ende des Jahres 1916 war mit 949 633 Mitgliedern der tiefste Stand erreicht. Von da ab ging es ständig aufwärts. Bereits im ersten Quartal 1917 wuchs die Zahl der Mitglieder auf 1 006 283 und stieg dann bis zum Schluß des Jahres auf 1 276 632. Die stärkste Mitgliederzunahme, und zwar um 114 509 = 10,5 Proz., trat ein vom 2. zum 3. Quartal. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder gegenwärtig um 133 715 höher ist als vor dem Kriege. Die seit Anfang des Vorjahres eingetretene kräftige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der Zentralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die künftige Machtentfaltung der Gewerkschaften nach dem Kriege. An Unterstützungen veranschlagt die Verbände seit Beginn des Krieges bis 31. März 1918 zusammen 72 272 715 Mark. Davon konnten auf Arbeitslosenunterstützung 25 435 589 Mark und auf die Unterstützungen für Familien von Kriegsteilnehmern 26 205 493 Mark. Der erhebliche Teil der Arbeitslosenunterstützung, und zwar 21 558 086 Mark, wurde im ersten Kriegsjahr verausgabt. Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit ist gering, es hatten die berichtenden Verbände am Ende des 1. Quartals 1918: 3645 männliche = 0,4 Proz. und 7231 weibliche = 2,1 Proz. arbeitslose Mitglieder, von denen 3883 aus Verbandsmitteln unterstützt wurden.

Abrechnungen.

Das 2. Quartal haben bis 9. Juli abgerechnet:

Kugsburg 304,08, Kaufbeuren 14,94, Regensburg 205,40, Waagen 598,20, Zittau 111,06, Zwickau 38,50, Gotha 33,24 Mark.

S. S o b a h l